



## Regierungsratsbeschluss vom 05. Mai 2026

Schriftliche Anfrage Mahir Kabakci betreffend flankierende Massnahmen rund um die Kontakt- und Anlaufstelle für Suchterkrankte und Anwohnende im Erlenmattquartier

---

P265068

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

### **Begründung**

Die Schriftliche Anfrage Mahir Kabakci betreffend «flankierende Massnahmen rund um die Kontakt- und Anlaufstelle für Suchterkrankte und Anwohnende im Erlenmattquartier» nimmt insbesondere sicherheits- und suchtpolitische Fragen betreffend Konsum von psychoaktiven Substanzen im Erlenmattquartier auf und thematisiert die Auswirkungen auf das räumliche Umfeld und weitere Aspekte im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kontakt- und Anlaufstelle Riehering. In der Beantwortung der vorliegenden Schriftlichen Anfrage wird darauf hingewiesen, dass der Kanton Basel-Stadt über ein breites und aufeinander abgestimmtes Suchthilfesystem verfügt. Anwohnenden und Anliegenden von Angeboten der Suchthilfe stehen für Anliegen und in Konfliktsituationen verschiedene Ansprechpersonen und -stellen zur Verfügung. In den letzten Jahren wurden durch eine interdepartementale Arbeitsgruppe verschiedene Massnahmen erarbeitet und umgesetzt, um die Situation insbesondere im unteren Kleinbasel zu entschärfen und unerwünschten Auswirkungen des Konsums psychoaktiver Substanzen auf den öffentlichen Raum entgegenzuwirken. Der Konsum von Betäubungsmitteln im öffentlichen Raum lässt sich jedoch nicht gänzlich verhindern. Der Drogenhandel und -konsum sowie dessen Begleiterscheinungen sind mit grossen Herausforderungen verbunden, die weiterhin die Umsetzung gezielter, aufeinander abgestimmter und departementsübergreifender Massnahmen erfordern. In seiner Beantwortung der Schriftlichen Anfrage zeigt der Regierungsrat kurz- und mittelfristige Massnahmen auf. Er verdeutlicht jedoch auch, dass er langfristig auf eine ausgewogene und nachhaltige

Suchtpolitik setzt, die gesundheitliche Unterstützung und soziale Integration mit der konsequenten Durchsetzung der geltenden Regeln im öffentlichen Raum verbindet.

